

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An die Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 15.03.2016

AN/0519/2016

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	15.03.2016

Hubschrauberstation Kalkberg – weiteres Vorgehen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller möchten Sie bitten, folgenden Dringlichkeitsantrag zu in die Tagesordnung der Ratssitzung am 15. März 2016 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 15.12.2015 zum Baustopp für die Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg bis auf Widerruf durch einen Ratsbeschluss.
2. Maßnahmen zur Herstellung der notwendigen Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht der Kalkberg-Deponie erfordern ausdrücklich jeweils gesonderte Ratsbeschlüsse, die ggf. auch im Rahmen von Dringlichkeitsentscheidungen vorgelegt werden können. Diese Maßnahmen sind im Einzelnen mit Darlegung des konkreten Aufwands sowie der möglichen Refinanzierung zu begründen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, zur Sitzung des Hauptausschusses am 11.04.2016 fristgerecht und aktuell vorzulegen
 - a. welche Kosten für Maßnahmen zur Verkehrssicherungspflicht insgesamt notwendig sind und in welchem zeitlichen Rahmen diese Maßnahmen durchzuführen sind. Dies beinhaltet auch die Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung des Kalkbergs im Falle eines endgültigen Baustopps unter der Voraussetzung, dass keine weiteren Nutzungen vorgesehen sind.
 - b. welche realistischen Schadensersatzforderungen gegenüber Gutachtern, Baufirmen und dem Voreigentümer des Kalkbergs in Hinsicht auf Mängel bei der Sicherung von Altlasten sowie Planungs- und Ausführungsmängel für die Rettungshubschrauberstation bestehen.

- c. welche Auswirkungen das offensichtlich gescheiterte Vorhaben „Kalkberg“ für den städtischen Haushalt bereits hat bzw. welche Auswirkungen in den nächsten Haushaltsjahren noch zu erwarten ist.
- d. Die synoptische Darstellung eines Vergleichs möglicher Alternativstandorte laut Ziffer 4 des Ratsbeschlusses vom 15.12.2015 einschließlich der Schätzung der Investitionskosten – in Ergänzung der Mitteilung 0057/2016 vom 25.01.2016. Dabei sind die genehmigungsrechtlichen Fragen und Erfordernisse im Vorfeld mit der Bezirksregierung Düsseldorf zu erörtern und die Ergebnisse darzustellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer